

Vorankommen – für jeden Einzelnen und für Deutschland in Europa

Deutschland ist ein starkes Land. Der Fleiß und die Anstrengung der Bürgerinnen und Bürger haben es vorangebracht. Der Mut zu beherzten Reformen hat Deutschland vom „kranken Mann Europas“ wieder weltweit in die Spitzengruppe zurückgeführt. Als Technonation mit klugen Köpfen, Innovationen und Ideen haben wir auch in Zukunft die besten Chancen auf Wachstum und Wohlstand.

Wir wollen weiter vorankommen. Erneuern wir das Kernversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für die Jahrzehnte, die vor uns liegen: „Wohlstand für alle“, eine Absicherung gegen die großen Lebensrisiken auch in Zeiten des Wandels und die Chance auf sozialen Aufstieg – auf das ganz persönliche Vorankommen für jeden Einzelnen.

Die Politik in Deutschland und Europa muss dafür aus dem Tiefschlaf aufwachen. Der Wohlstand von morgen fällt nicht vom Himmel. Wir müssen ihn uns erarbeiten. Wir brauchen Antworten auf die globalen Herausforderungen. Deutschland und Europa drohen ansonsten im globalen Rennen zurückzufallen. Wir stehen im Wettbewerb mit den großen Playern wie den USA und China, Gründernationen wie Israel oder den aufstrebenden High-Tech-Nationen wie Singapur und Südkorea. Dort herrschen in vielen Fällen bessere Rahmenbedingungen für neue Ideen und technischen Fortschritt. Die Herausforderung an die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist zugleich eine Herausforderung an die Aussichten auf wirtschaftlichen Erfolg. Er ist die Grundlage dafür, dass Vorankommen für jeden und jede Einzelne möglich bleibt.

Doch die große Koalition tritt auf der Stelle. Sie konzentriert sich auf die Umverteilung des Erwirtschafteten und die Ausweitung der Sozialausgaben, ohne sich auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren. Anstatt eine Reformagenda 2030 ins Leben zu rufen, werden erfolgreiche Reformen zurückgedreht, der Grundsatz des „Fördern und Fordern“ in Frage gestellt und mit Rezepten der 90er oder gar 80er Jahre agiert: Rücknahme von Sanktionen bei Hartz IV, längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und eine stärkere Umverteilung ohne Bedürftigkeitsprüfung. Zukunftschancen werden dabei verspielt – zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit, der arbeitenden Bevölkerung und kommender Generationen. Die Folge: Das Wirtschaftswachstum geht zurück. Deutschland droht erneut zum Schlusslicht Europas zu werden. Menschen werden gebremst – in ihrem beruflichen Vorankommen, der Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum und dem Vermögensaufbau.

Gegen den Stillstand wollen wir eine mutige Politik für das Vorankommen entgegenstellen. Deutschland soll vorankommen, weil jede und jeder Einzelne in unserer Gesellschaft vorankommen können soll. Das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss wieder mit neuem Leben gefüllt werden. Wir Freie Demokraten wollen dazu Freiräume schaffen, Anstrengung fördern und Hürden abbauen. Wir glauben nicht, dass der Einzelne schwach und anleitungsbedürftig ist. Wir vertrauen darauf, dass jeder Einzelne vernünftig und verantwortungsvoll sein Leben gestal-

tet. Wir sind uns sicher, dass jeder Mensch voller Fähigkeiten steckt. Dieses Potenzial gilt es, zu entfalten.

Legen wir mit Bildung die Grundlage für einen selbstbestimmten Lebensweg. Gestalten wir eine Arbeitswelt mit Chancen für mehr Selbstbestimmung. Ermöglichen wir den Menschen, in Beruf und Privatleben durch eigene Leistung voranzukommen. Schaffen wir einen modernen Sozialstaat, der ermutigt, Potenziale freisetzt und Leistung wirklich belohnt. Sichern wir unseren Wohlstand mit einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik.

Bringen wir Deutschland in Schwung, damit jeder Einzelne vorankommen kann.

1. Vorankommen durch weltbeste Bildung

Bildung ist die Grundlage für einen selbstbestimmten Lebensweg, der Schlüssel zum persönlichen Vorankommen. Sie ist damit unsere wertvollste Ressource. Zugleich sind Investitionen in die Köpfe eine Zukunftsinvestition für den Erfolg unserer Wirtschaftsnation und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

- **Reform des Bildungsföderalismus:** Die von den Freien Demokraten erfolgreich initiierte Reform des Bildungsföderalismus schafft neue Chancen. Der Digitalpakt muss jetzt schnell von der Bundesregierung umgesetzt werden, um die neuen Möglichkeiten bei zukünftigen Bundesländer-Vereinbarungen mit Leben zu füllen. Mit einer MINT-Offensive wollen wir auch MINT-Labore in den Schulen einrichten, Lehrkräfte fortbilden und Qualitätsstandards einführen.
- **Chancengleichheit durch Bildung:** Wir Freie Demokraten möchten, dass Menschen ermutigt werden, alle Chancen für ihren Lebensweg zu ergreifen. Kinder sollen unabhängig von ihrem Geschlecht entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten eine Berufswahl treffen können. Menschen können so auch leichter Berufe erschließen, die ihnen gute Verdienst- und Aufstiegschancen bieten. Wir wollen Mädchen und Frauen mehr für MINT-Berufe begeistern. Dazu fordern wir eine bessere praxis- und erlebnisorientierte Berufsorientierung der MINT-Berufe an den Schulen. Berufsfelder sollen erlebt werden können – zum Beispiel durch neue Formate wie Computerspiele zur Berufsberatung (sog. „serious games“) oder Lernlabore (sog. „fab labs“).
- **Digitale Schulen:** Wir wollen, dass die Digitalisierung auch in unseren Schulen ankommt. Dazu fordern wir ein Sonderprogramm zur eigenständigen Förderung von Breitbandanschlüssen und Schul-Clouds. Kosten für digitale Endgeräte, die im Unterricht verwendet werden, dürfen dabei nicht zu Lasten finanzschwacher Familien gehen. Lehrkräfte wollen wir durch gezielte Fortbildung unterstützen, wenn sie sich fit machen für das digitale Bildungszeitalter. Auch die Lehrkräfteausbildung und die Lehrpläne müssen entsprechend modernisiert werden. Dazu wollen wir die Genehmigung digitaler Lehr- und Lernmittel vereinfachen.
- **BAföG wieder zum Bildungsaufstiegsgesetz Nr. 1 machen:** Wir fordern eine strukturelle Vereinfachung des BAföG, um wieder mehr Studierende zu erreichen. Denn Studieren darf keine Frage der sozialen Herkunft sein. Ein grundlegender Systemwechsel zu einem elternunabhängigen BAföG ist daher dringend notwendig.

- **Zweites Bildungssystem für lebenslanges Lernen:** Wir wollen ein transparentes System für lebensbegleitendes, permanentes Lernen einführen, auch um berufsbegleitend erreichte Qualifikationen besser zu vergleichen. Zudem schlagen wir ein digitales Freiraumkonto zur Finanzierung von Weiterbildung vor, auf das beispielweise freiwillig durch eigenes Einkommen oder Entgeltumwandlung von Urlaubstagen eingezahlt wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte außerdem einkommensabhängig ein Midlife-BAföG nutzen können. Da Frauen häufiger als Männer im Niedriglohnsektor arbeiten, kann dies gerade für sie eine gute Möglichkeit sein, Weiterbildung zu finanzieren und berufliche Perspektiven zu erschließen.
- **Update für die berufliche Bildung – Exzellenzinitiative „Berufliche Bildung“:** Die Attraktivität der beruflichen Bildung soll durch Modularisierung einzelner aufeinander aufbauender Ausbildungsabschnitte und die gegenseitige Anerkennung von Bildungsmodulen und (Teil)Abschlüssen zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung gesteigert werden. Auch wollen wir durch Förderung digitaler Lehrkonzepte die Digitalisierung noch besser in die berufliche Lernpraxis bringen.
- **Kinderchancengeld:** Mit der Einführung eines Kinderchancengeldes wollen wir alle bisherigen kindesbezogenen Leistungen bündeln, vereinfachen und in digitaler Form anbieten. Es soll so nicht nur vor Armut schützen und eine materiellen Grundsicherung bilden, sondern allen Kindern als Bildungs- und Chancensprungbrett dienen.
- **Sprachförderung in der Kita:** Wir fordern eine umfassende Sprachförderung zugunsten von allen Kindern vor der Einschulung. Denn Sprache ist das zentrale Mittel, um am sozialen Leben und am Unterricht aktiv teilhaben zu können. So eröffnen wir auch Kindern mit Migrationshintergrund einen bestmöglichen und gleichberechtigten Start in das Schulleben.

2. Vorankommen durch Selbstbestimmung in der Arbeitswelt

Wir wollen die Chancen für Freiheit und Selbstbestimmung durch einen modernen Arbeitsmarkt nutzen. Die vielfältigen Lebensentwürfe wollen wir unterstützen und Hemmnisse aus dem Weg räumen. Die Digitalisierung bietet dabei Chancen für Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen. Diese Chancen bleiben aber auf der Strecke, wenn Bürokratie und veraltete Regelungen neue Ideen verhindern. Unsere Aufgabe: Ein flexibler Rahmen für das New-Work-Zeitalter!

- **Ein modernes Arbeitszeitrecht:** Wir wollen die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen. Alle sollen flexibler die Arbeitszeit unter der Woche einteilen können, ohne dass jemand in Summe mehr arbeiten muss oder weniger Pausen machen darf als zuvor.
- **[Variante 1] Recht auf Homeoffice:** Beschäftigte sollen ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten nach niederländischem Vorbild erhalten, sofern Betriebsgröße oder betriebliche Belange – nach Prüfung durch den Arbeitgeber – dem nicht entgegenstehen. Im Gegenzug muss das Arbeitszeitgesetz wie beschrieben modernisiert und Arbeitgeber hier von bürokratischen Vorgaben überbordender Arbeitsschutzvorschriften entlastet werden.
- **[Variante 2] Homeoffice erleichtern:** Das Arbeitszeitgesetz und bürokratische Vorgaben überbordender Arbeitsschutzvorschriften dürfen dem Homeoffice nicht entgegenstehen.

Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensiv Möglichkeiten zum Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange entgegenstehen.“

- **Langzeitkonten zu echten Freiraumkonten machen:** Langzeitkonten bieten größere individuelle Möglichkeiten etwa für Erziehungs- und Pflegezeiten, Auszeiten, Sabbaticals oder längere Weiterbildungen. Deshalb wollen wir Langzeitkonten vereinfachen, die Möglichkeiten der Mitnahme erhöhen und einen Rechtsanspruch auf steuer- und abgabenfreie Entgeltumwandlung schaffen. Gleichzeitig wollen wir die Unternehmen von Bürokratielasten befreien. So kann das Langzeitkonto zum Freiraumkonto werden.
- **Fairness für Selbstständige:** Selbstständige dürfen nicht länger benachteiligt werden und zum Beispiel höhere Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung zahlen als gleich verdienende Angestellte. Wir wollen zudem, dass die Statusfeststellung ein transparenter und kalkulierbarer Prozess mit möglichst einheitlicher Rechtsauslegung wird. Der Prozess muss gestrafft, digitalisiert und formalisiert werden, zum Beispiel durch ergänzende Positivkriterien. Wir schlagen zudem vor, das Statusfeststellungsverfahren durch eine neutrale Stelle vornehmen zu lassen – zum Beispiel durch das Finanzamt.

3. Vorankommen durch eigene Leistung

Der Staat hat in den letzten Jahren Rekordsteuereinnahmen erzielt. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt von dem von ihnen erarbeiteten Aufschwung dagegen zu wenig an. Wir wollen eine faire Balance zwischen Bürger und Staat. Gerade diejenigen, die durch ihre eigene Leistung zum Wirtschaftswachstum beitragen, haben einen fairen Anteil an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen verdient. Entlasten wir sie endlich bei Steuern und Sozialabgaben und ermöglichen ihnen Vermögensbildung und Eigentumsaufbau. Auch der Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung muss endlich wieder greifbar werden.

- **Solidaritätszuschlag abschaffen:** Der Solidaritätszuschlag wurde mit der Finanzierungsnotwendigkeit der Vollendung der Deutschen Einheit begründet. Dieses Ziel ist spätestens mit Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019 eindeutig erreicht. Alle Parteien haben damals die Rücknahme des Solidaritätszuschlags versprochen. Die Gerechtigkeit gebietet es, den Solidaritätszuschlag für alle vollständig abzuschaffen – egal ob Angestellter, Facharbeiter, Familienunternehmen oder etwa Freiberufler.
- **Mini- und Midijobgrenze dynamisieren:** Wir fordern, dass die starren und unflexiblen Verdienstgrenzen dynamisiert und an die Entwicklung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns gekoppelt werden, also auf das 60-fache (Minijobs) bzw. 145-fache (Midijobs) des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns festgelegt werden. Das heißt die aktuellen Verdienstgrenzen für 2019 sollten bei Mini-Jobs auf rund 550 Euro und bei Midi-Jobs auf rund 1330 Euro erhöht werden.
- **Lohngerechtigkeit erhöhen.** Bei gleicher Qualifikation, bei gleicher Arbeit und bei gleicher Biografie gibt es in Deutschland aktuell noch immer einen Gehaltsunterschied von sechs Prozent zwischen Männern und Frauen. Als Partei der Leistungsgerechtigkeit wollen wir das ändern und arbeiten für gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung. Wir unter-

stützen daher alle Impulse und Anstrengungen, um Verhandlungsstärke von Frauen in Bezug auf das Gehalt zu verbessern. Hierzu gehört auch, dass von Arbeitgeberseite ab einer bestimmten Unternehmensgröße transparent gemacht wird, in welchem Bereich sich das Gehalt für eine Stelle bewegt und auf welchen Kriterien eine Einstufung fußt.

- **Ein fairer Chancetarif bei der Einkommensteuer:** Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Daher wollen wir einen leistungsgerechten Steuertarif, bei dem der Anstieg der Steuersätze erst bei dem jeweils höheren Einkommen greift. Das machen wir so lange, bis der Mittelstandsbauch abgeflacht ist. Wir wollen die Menschen finanziell entlasten und aus dem Einkommensteuertarif einen echten Chancen- bzw. Aufsteigertarif machen.
- **Belastungsgrenze ins Grundgesetz:** Wir wollen eine Belastungsgrenze für die direkten Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben. Nur wenn den Bürgerinnen und Bürgern genügend von ihrem Einkommen bleibt, können sie sich ihre Wünsche erfüllen und eine eigene Altersvorsorge leisten. Moderate Steuer- und Beitragssätze schaffen diese notwendigen Freiräume. Die Gesamtbelastung sollte 50 Prozent des Einkommens nicht überschreiten. Die Belastung durch Sozialabgaben muss dauerhaft unter 40 Prozent des Einkommens stabilisiert werden. Versicherungsfremde Leistungen müssen vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht aus den Sozialversicherungskassen finanziert werden.
- **Sofortprogramm zur Unternehmensteuerreform:** Wir wollen den Körperschaftsteuersatz spürbar absenken und kurzfristig die systemwidrigen Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abschaffen. Ebenso wollen wir die Anrechnung der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer verbessern, solange die Ersetzung der Gewerbesteuer als langfristiges Ziel noch nicht erfolgt ist.
- **Eigentümergebiet Deutschland:** Wir wollen eine Reform der Grunderwerbsteuer – effektiv, unbürokratisch und zielgerichtet. Dazu fordern wir einen flexiblen, wiederauffüllbaren Freibetrag bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 Euro pro Person.
- **Vermögensbildung möglich machen:** Wir schlagen eine Vereinheitlichung und Verdoppelung der Einkommensgrenzen auf 40.000/80.000 Euro für geförderte Vermögensbildung zu versteuerndes Einkommen (Bausparer und Fondsanlagen) vor. Zudem wollen wir in allen Formen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge auch Produkte mit höherem Aktienanteil zulassen und Altersvorsorge durch die Einführung eines Altersvorsorge-Depots vereinfachen, sodass Bürgerinnen und Bürger auch ohne Versicherungsmantel – bei dem Vorteile einer Lebens- oder Rentenversicherung mit Eigenschaften einer Vermögensverwaltung kombiniert werden – unmittelbar aus ihrem Brutto vorsorgen können (Entgeltumwandlung).
- **Kapitalbeteiligung (Aktien) der Bürgerinnen und Bürger stärken:** Wir fordern die Einführung einer Steuerfreiheit von Kursgewinnen für Wertpapiere und Fonds nach fünf Jahren Halte- dauer sowie einen höheren Steuerfreibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligung.

4. Vorankommen durch einen modernen Sozialstaat

Jeder Einzelne soll die Chance haben, beruflich und privat aufzusteigen. Der moderne Sozialstaat, so wie wir ihn schaffen wollen, ist dafür keine Hängematte, sondern Sprungbrett. Er muss ermutigen,

Potenziale freisetzen und Anstrengung auch wirklich belohnen. Ziel muss es sein, dass Menschen möglichst schnell berufliche Fortschritte machen können. Dazu muss es einen spürbaren Unterschied machen, ob jemand arbeitet oder nicht. Wir wollen Chancen durch Freiräume eröffnen – für ein selbstbestimmtes Leben

- **Liberales Bürgergeld:** Mit dem liberalen Bürgergeld wollen wir eine einfache und bürgernahe Grundsicherung schaffen. Ausgerichtet an dieser Zielvorstellung wollen wir unseren Sozialstaat Schritt für Schritt verbessern. Dazu sind insbesondere Pauschalierungen, Vereinfachungen und die umfassende Zusammenlegung von steuerfinanzierten Sozialleistungen notwendig. Gleichzeitig sind die Anrechnungssätze für selbst verdientes Einkommen so zu gestalten, dass eigene Anstrengung belohnt wird. Es muss attraktiver werden, die Stundenzahl nach und nach auszuweiten und insbesondere aus dem Minijob heraus zu wachsen. Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich umlegen müssen. Wir benötigen ein Transfersystem aus einem Guss, in dem sicher gestellt ist, dass Mehrarbeit auch immer zu Mehreinkommen führt. Nur so können wir für mehr Menschen eine trittfeste Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen.
- **Einführung einer „Basis-Rente“:** Mit unserem Vorschlag einer „Basis-Rente“ kämpfen wir zielgenau gegen Altersarmut. Mit ihr stellen wir sicher, dass im Alter jeder der gearbeitet und vorgesorgt hat, mehr hat, als derjenige der das nicht getan hat. Dazu wollen wir einen Freibetrag auch für Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei der Grundsicherung einführen. Je höher die durch Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche sind, desto mehr sollte man davon auch behalten dürfen. Ein anrechnungsfreier Anteil von zum Beispiel 20 Prozent der Ansprüche aus der gesetzlichen Rente würde genau dies leisten. Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente wollen wir unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen. Damit würde der Gang zum Sozialamt künftig entfallen.
- **Ein wirklich flexibler Renteneintritt:** Wer das 60. Lebensjahr erreicht hat und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundsicherungsniveau erreicht, soll selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt. Wenn ein früherer Ruhestand gewählt wird, fällt die Rente niedriger aus, bei späterem Ruhestand höher. Das ist fair, befriedet die Diskussion um das Renteneintrittsalter und individuell längeres Arbeiten wird belohnt.
- **Zick-Zack-Lebensläufe einfach machen:** Wer zwischen Anstellung, Gründung und Selbständigkeit und zurück wechselt, muss es bei der Altersvorsorge einfach haben. Etwa die Riester-Förderung soll daher allen offenstehen, auch Selbstständigen und Beschäftigten, die nicht gesetzlich rentenversichert sind.
- **Transparenz bei Altersvorsorge:** Wir wollen die staatliche Gewährleistung eines einfachen, digitalen Vorsorgekontos. Dort sollen die Bürgerinnen und Bürger jederzeit auf freiwilliger Basis nachprüfen können, wie viel Altersvorsorge ihnen später aus allen Elementen ihres individuellen Baukastens zur Altersvorsorge in Summe zusteht.
- **Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit Älterer:** Altersteilzeit sowie die Beschäftigung von Älteren muss erleichtert werden, etwa durch die Einführung eines echten Sachgrundes bei der Beschäftigung von Rentnern im Teilzeit- und Befristungsgesetz. Dazu zählt ebenso, die bisherigen Hinzuverdienstgrenzen aufzuheben.

- **Nachhaltige Finanzierung der Rentenversicherung:** Der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel darf nicht aufgeweicht werden, denn nur so ist eine zukunftsste Ausgestaltung der gesetzlichen Rente möglich, andernfalls werden Sozialabgaben oder Steuerzuschuss explodieren.
- **Betriebliche Vorsorge erleichtern:** Wir wollen Vorschriften zur betrieblichen Altersvorsorge liberalisieren sowie eine bessere Portabilität und das Ende der Doppelverbeitragung von Vorsorgeverträgen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung erreichen. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz der Großen Koalition springt zu kurz. Die Ansatzpunkte sind aber richtig: Die vereinfachten Anlagevorschriften und Prämien für niedrige Einkommen sollten allen Beschäftigten zu Gute kommen, nicht nur auf einem Durchführungsweg der betrieblichen Vorsorge.
- **Verpflichtende Basisabsicherung im Alter für Selbständige – aber nur mit echter Wahlfreiheit:** Die allgemeine Pflicht zur Vorsorge, die wir wollen, muss Selbstständigen maximale Wahlfreiheit lassen, die Form ihrer Vorsorge selbst wählen zu können und Karenzfristen in jeder Gründungsphase vorsehen.

5. Vorankommen durch eine starke Wirtschaft

Die Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand ist eine starke und innovative Wirtschaft, die auch bei Gegenwind nicht vom Kurs abkommt. Deutschland darf im globalen Wettrennen den Anschluss nicht verlieren. Unsere Wachstumsphase der letzten Jahre ist keine Garantie für die Zukunft. Denn aktuell verliert unsere Wirtschaft an Strahlkraft. Wir müssen nun auch die wirtschaftspolitischen Weichen richtig stellen.

- **Infrastruktur ausbauen:** Die Infrastruktur ist Rückgrat unseres Landes. Wir fordern daher insbesondere einen zügigen Aufbau der Autobahngesellschaft, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie einen Aufwuchs der Mittel für Verkehrsinvestitionen. Zudem braucht Deutschland eine leistungsstarke digitale Infrastruktur für das 21. Jahrhundert, um in der Fläche Gigabit-Geschwindigkeit zu erreichen.
- **Bürokratieabbau vorantreiben:** Für den Bürokratieabbau wollen wir die Bürokratiebremse zu „One in, two out“ weiterentwickeln – auch auf europäischer Ebene. Verfahren für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wollen wir vereinfachen und Verwaltungsleistungen digital anbieten. Dies gilt insbesondere für öffentliche Förderverfahren. Behörden wollen wir zu „One-Stop-Shops“ ausbauen, Informationen sollten auf Wunsch nur einmal übermittelt werden müssen („Once-Only“-Prinzip). So können wir auch Unternehmensgründungen an einem Tag möglich machen.
- **Chancen des Freihandels nutzen:** Wir bekennen uns zum regelbasierten Freihandel als Grundlage internationaler Handelsbeziehungen und streben daher langfristig eine weltweite Freihandelsordnung im Rahmen der WTO an. Nationale Alleingänge und Willkürzölle lehnen wir ab. Freihandelsabkommen sollten so angelegt sein, dass sie „EU-only“ sind, also nur Bereiche umfassen, für die die EU alleine zuständig ist. Dann können sie durch Rat und Europäisches Parlament verabschiedet werden.

- **Eine wettbewerbliche Industriepolitik:** Eine Industriepolitik, die politisch ausgewählten Großunternehmen in politisch ausgewählten Branchen als nationalen Champions Bestandsgarantien und Sonderförderungen gibt, lehnen wir ab. Wir setzen auf eine wettbewerbliche Innovationsförderung, die genauso auf die Kraft von Gründern und Mittelstand setzt wie auf die von großen Unternehmen.
- **Digitale Freiheitszonen:** Gründungen können in den digitalen Sonderwirtschaftszonen durch regulative Experimentierklauseln und blockchainbasierte Finanzierungsformen erleichtert werden. Wir schaffen dadurch neue Finanzierungsmöglichkeiten für Gründerinnen und Gründer. Einkommens- und Körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen erhalten Sonderabschreibungsmöglichkeiten und Investitionszulagen. Alle digitalen Freiheitszonen sollen zudem flächendeckend mit 5G-Mobilfunk und Glasfaser ausgestattet werden.
- **Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) und einer Agentur für Sprunginnovationen:** Wir wollen durch die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) die Institutionalisierung des Transfers von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft realisieren. Darüber hinaus fordern wir die Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen. Die Agentur soll mit ihren Projekten und ihrer Arbeit in deutlich kürzerer Zeit als in schon bestehenden Einrichtungen entscheidende technische und wissenschaftliche Fortschritte erzielen, die eine unmittelbare Umsetzung in radikale Innovation möglich machen.
- **Innovative Geschäftsmodelle fördern:** Die Chancen neuer, innovativer Geschäftsmodelle wollen wir nutzen. Dazu wollen wir insbesondere ein neues Datenrecht schaffen und das Kartellrecht, insbesondere im Hinblick auf den Marktzugang für Start-ups modernisieren, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. So können wir in der digitalen Wirtschaft einen funktionierenden Wettbewerb im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft gewährleisten.
- **Gründerkultur stärken:** Wir wollen ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups sowie ein Wagniskapital-Gesetz mit dem Ziel einführen, insbesondere Start-ups in der Wachstumsphase die Beschaffung von Kapital zu erleichtern. Ein Nationaler Zukunftsfonds bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau soll Privatisierungserlöse gezielt in wachsende Startups investieren. Wir möchten zudem das Potenzial unter Gründerinnen stärker ausschöpfen und mehr Frauen zum Gründen bewegen. Dazu wollen wir beispielweise weibliche „Business Angels“ fördern und schon Schülerinnen und Studentinnen für Entrepreneurship zu begeistern.
- **Fachkräfteeinwanderung erleichtern und Regeln vereinfachen:** Wir wollen die EU-Blue-Card auch für Fachkräfte aus Ausbildungsberufen mit Berufserfahrung öffnen und die Gehaltsgrenzen an die tatsächlichen Einkommensverhältnisse in den einzelnen Branchen anpassen. Als weitere Säule wollen wir eine Chancenkarte mit einem transparenten Punktesystem einführen.